

## EINLEITUNG: DIE WIEDERENTDECKTE REVOLUTION

*Michael Dreyer / Andreas Braune*

„3 Worte: Ungestörte Demobilmachung, Aufbau der Republik, Frieden“ – darin sah der Werbedienst der deutschen Republik im Herbst 1918 die zentralen Aufgaben der jungen Republik – einer Republik, die noch gar nicht in Form gegossen war, sondern noch ein aus der Revolution geborenes Provisorium. Wo die ‚Macht‘ lag, war nicht eindeutig auszumachen. Der provisorischen Reichsregierung, dem Rat der Volksbeauftragten, war sie nach dem 9. November geradezu in den Schoß gefallen.<sup>1</sup> Die Volksbeauftragten waren weder parlamentarisch legitimiert, noch durch eine Volkswahl, noch waren sie nach geltendem Verfassungsrecht legal zu ihrer Position gekommen.<sup>2</sup> Das hinderte sie aber nicht daran, schon am 12. November ‚mit Gesetzeskraft‘ das Kriegsregime im Innern und alle Debatten um die Demokratisierung des Wahlrechts zu beenden, indem sie das allgemeine und gleiche Männer- und Frauenwahlrecht für alle öffentlichen Körperschaften einführte. Das war nichts weniger als eine demokratische Wahlrechtsrevolution, die die Grundlage dafür geschaffen hatte, dass bald *alle* Deutschen ab 20 Jahren über Form und Zchnitt der neuen Republik würden abstimmen können. Nicht nur die Frauen waren damit zum ersten Mal in den *demos* einbezogen, sondern auch alle Männer unter 25 und alle Soldaten, und zwar auf allen Ebenen des Reiches.

Der Rat der Volksbeauftragten bildete aber nur die ‚förmliche‘ Seite der Macht. Denn die Revolution hatte die Macht auch auf die Straße verlagert, und von dort in die Arbeiter- und Soldatenräte, die in den Städten und Gemeinden zumindest mit dem Anspruch auftraten, von der Revolution sanktioniert zu sein und nun die Macht vor Ort ausüben zu dürfen.<sup>3</sup> Solange der politische Wille des deutschen Volkes nicht durch Wahlen artikuliert war, lag in der Wahrnehmung der Rätebewegung alle Macht bei ihr – wo sie auch bleiben sollte, wenn es nach erheblichen aber minoritären Teilen der Rätebewegung gegangen wäre. ‚Alle Macht den Räten‘ war vor der Wahl zur Nationalversammlung der eigene Anspruch jener Minderheit, danach ihre Losung, die Revolution nicht im liberal-demokratischen Verfassungsstaat versanden zu lassen. ‚Aufbau der Republik‘ hieß also im Herbst und Winter 1918

1 Siehe hierzu den Beitrag von Walter Mühlhausen in diesem Band.

2 Der Beitrag von Manfred Baldus in diesem Band schildert dies anschaulich aus rechtsgeschichtlicher und rechtstheoretischer Perspektive.

3 Detlef Lehnert untersucht dies in diesem Band zumindest für die Großstädte der Zeit und zeigt die unterschiedlichen Arten des Übergangs von der alten zur neuen Ordnung auf, genauso wie die unterschiedlichen Grade der Kooperation mit der bestehenden Verwaltung vor und nach den ersten demokratischen Wahlen zu den kommunalen Körperschaften.

zu klären, wer die Macht über die Revolution und ihren Fortgang hatte und wie der Charakter und der Aufbau der ‚deutschen Republik‘ schlussendlich aussehen würden.

Die Aufgabe ‚Frieden‘ bezog sich im Oktober und November 1918 auf das überwältigende Bedürfnis der Bevölkerung, nach vier Jahren Krieg und Entbehrung nicht noch einen weiteren Kriegswinter durchstehen zu müssen. Das letzte Kriegsjahr war schon zu einer Propaganda- und Durchhalteschlacht geworden, die nur mühsam den Durchhaltewillen gegenüber dem Friedenswillen aufrechterhalten konnte. Schon im Frühjahr 1917 hatte sich die SPD an der Frage nach Krieg und Frieden aufgespalten.<sup>4</sup> Wenig später hatte der interfraktionelle Ausschuss aus Zentrum, Fortschrittlicher Volkspartei und MSPD – eine Vorwegnahme der späteren Weimarer Koalition – nach Wegen gesucht, den Krieg gesichtswahrend und rasch zu beenden. Die politische und militärische Führung des Reiches wollte davon nichts wissen und hielt an der Illusion des Siegfriedens fest, der durch den Erfolg von Brest-Litowsk und die Hoffnungen auf die Frühjahrsoffensive 1918 greifbar schien. Unterdessen war die Friedensfrage für die USPD die treibende Kraft geworden, die ihr half, erhebliche Anhängergruppen v. a. in den Industriegebieten zu gewinnen: Friedens- und Streikbewegung gingen seit dem Winter 1917 Hand in Hand. Die Initiativen des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson vom Januar 1918 nährten in Deutschland im Oktober 1918 die von Beginn an unrealistischen Hoffnungen auf jenen ‚Wilson-Frieden‘, mit dem Deutschland noch einmal glaubte, halbwegs aufrecht den Krieg beenden zu können. Als er dann ausblieb und mit ‚Versailles‘ klar wurde, dass diese Hoffnung eine bloße Illusion war, sollte dies eine schwere Hypothek für die Weimarer Republik werden. Für die Novemberrevolution aber bildete das Bedürfnis nach Frieden wahrscheinlich das stärkste Motiv, sicherlich weit stärker noch als jenes nach Demokratie. Der Krieg sollte beendet werden, und dem standen die Fürstenthümer und politischen und Funktionärseliten des Kaiserreichs seit Monaten, wenn nicht seit Jahren im Weg. Immerhin hielten sie sich so lange an der Macht, bis die militärische Niederlage besiegelt war, mussten mit ihr aber von einem Tag auf den anderen die Bühne der Macht räumen – ohne dass sich irgendeine Hand regte, die Monarchen gewaltsam zu verteidigen. Nun stellte sich aber auch heraus, dass Deutschland jede Möglichkeit verloren hatte, darauf einzuwirken, wie der Friede aussehen würde – wofür auf Basis der ‚Dolchstoßlegende‘ später die Konkursverwalter, nicht die Konkursverschlepper in Haftung genommen wurden, um eine Formulierung Lothar Machtans aus seinem Beitrag zu diesem Band zu entlehnen.

Zu der Aufgabe ‚Frieden‘ gehörte für die neue Regierung aber auch, in den Außenbeziehungen des Reiches den Waffenstillstand zu managen und nach Möglichkeit auf die Aushandlung der Friedensbedingungen einzuwirken. Militärisch lag das Reich am Boden, aber trotzdem war die ‚Wiederaufnahme der Feindseligkeiten‘ ein permanentes Damoklesschwert, das über der jungen Republik schwebte. Dies

4 Siehe hierzu jüngst: Braune / Hesselbarth / Müller (2018): USPD.

hätte nichts weniger als das Ende der staatlichen Integrität des Reiches und die Besetzung noch weiterer Teile des deutschen Staatsgebietes bedeutet. Auch wenn dies für einige Militärs sogar eine mögliche Option war, um im Osten die Kräfte für die Fortsetzung des Krieges zu sammeln, konnte das für eine demokratische Republik im Aufbruch keine ernsthafte Option sein, und noch viel weniger für eine völlig erschöpfte Bevölkerung. Als die Friedensbedingungen von Versailles präsentiert wurden, war das nichts weniger als die Frage nach dem Sein oder Nichtsein Deutschlands als Staat. Verdorrt ist letztlich aber niemandes Hand (entgegen der vollmundigen Ankündigung von Philipp Scheidemann in der Nationalversammlung), der sich in dieser Situation für den Erhalt der Republik eingesetzt hatte.

Zur Konkursmasse des Kaiserreiches gehörte schließlich ein Millionenheer, das ganz überwiegend noch in ‚feindlichem‘ Territorium oder zu räumendem Reichsgebiet stand, und das binnen kürzester Frist laut Waffenstillstandsbedingungen ‚heim ins Reich‘ gebracht werden musste.<sup>5</sup> Die Aufgabe ‚ungestörte Demobilmachung‘ zielte auf diese enorme logistische Herausforderung, bei der jene Akteure, denen gerade die Macht und der Auftrag zum Aufbau der Republik in den Schoß gefallen waren, nachvollziehbarerweise glaubten, auf die Expertise und Strukturen des bestehenden Militärapparates angewiesen zu sein.<sup>6</sup> Zu dieser Herausforderung gehörte auch, das ‚Monopol legitimer Gewaltsamkeit‘ (Max Weber) zu wahren, ohne das auch eine Republik nicht lebensfähig ist. Bürgerkrieg und Desintegration des Reiches von innen waren die realen Antipoden zu der Notwendigkeit, auch in der Revolution das Gewaltmonopol zu sichern. Die Demobilmachung war aber nicht nur diese logistische und ordnungspolitische Aufgabe, sondern auch eine gewaltige wirtschafts- und sozialpolitische Herausforderung. Denn zur Demobilmachung gehörte auch die rasche Umstellung der Kriegs- auf eine Friedenökonomie und die Reintegration der heimkehrenden Soldaten in ihr ziviles Leben als Studenten, (Land-)Arbeiter, Bauern, Handwerker, Angestellte, Beamte – ein Prozess, der oft zu Lasten der Frauen ging, die unter den Kriegsbedingungen die entstandenen Lücken gefüllt und daraus auch ihr neues politisches Gewicht abgeleitet hatten. In sozialpolitischer Hinsicht kam für die spätere Weimarer Republik noch die Fürsorge für die zahllosen Kriegsversehrten und -geschädigten hinzu, die nicht ohne Weiteres in ein normales Arbeitsleben zurückkehren konnten.<sup>7</sup>

„Ungestörte Demobilmachung, Aufbau der Republik, Frieden“ waren also durchaus die ‚Forderungen des Tages‘. Der Herr auf dem Titelbild dieses Bandes verweist darauf. Die grundlegende Botschaft hinter diesem Slogan des Plakates ist durchaus staatstragend, zumindest für revolutionäre Zeiten: Ruhe bewahren, mit den Gegebenheiten klarkommen, nach vorne schauen, wir schaffen das. In ihr

5 Im ersten Band des vierbändigen Epos *November 1918: Eine deutsche Revolution* von Alfred Döblin ist anschaulich geschildert, wie sich dies in Elsass-Lothringen abspielte.

6 Zu jenem berühmten Telefonat zwischen Friedrich Ebert und Wilhelm Groener und einer differenzierteren Betrachtungsweise hinsichtlich des Umgangs der neuen zivilen Regierung mit dem Militärapparat siehe den Beitrag von Peter Keller in diesem Band.

7 Siehe hier wiederum die Schilderungen in Döblins *Berlin Alexanderplatz*.

schwingt der Aufruf zu ‚Ruhe und Ordnung‘ mit, den vor allem die Mehrheitssozialdemokratie 1918/19 wiederholt formulierte. Mit diesem Aufruf war der Optimismus verknüpft, dass sich eine demokratische und sozialistische Gesellschaft mit Wahlen und Mehrheitsentscheidungen aufbauen lasse, sofern nur jene Ruhe und Ordnung gewahrt würden. Im Kontrast dazu stehen die roten Farben im Hintergrund des Plakates: Sind sie nicht Ausdruck einer genuin sozialistischen, wenn nicht gar kommunistischen Revolution, wie sie ein Jahr zuvor in Russland stattgefunden hatte? Müsste nicht darüber „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ oder „Ende aller Klassenherrschaft, Adel & Bourgeoisie an die Laterne!“ stehen? Das zumindest würde unseren Sehgewohnheiten entsprechen, die wir heute mit roten Fahnen verbinden und für die auch damals die Zeitung „Die Rote Fahne“ stand. Im ‚Traumland der Waffenstillstandsperiode‘ (so die mittlerweile oft zitierte Bezeichnung der ersten Monate nach der Revolution laut Ernst Troeltsch) wurde die Farbe Rot aber tatsächlich für die Revolutionäre und mindestens für das gesamte sozialistische Milieu für eine kurze Zeit zum Zeichen für den revolutionären und demokratischen Aufbruch. Jedenfalls war sie nicht das alleinige Markenzeichen des Spartakusbundes und der kommenden Kommunistischen Partei.<sup>8</sup> Als Gegensatz zur Monarchie gab der Begriff der Republik diesen Spielraum eine Zeitlang auch her, weil er ohne Attribuierung offen hielt, ob es sich um eine bürgerliche, demokratische, sozialistische, Räte- oder wie auch immer spezifizierte Republik handeln würde. In den ersten Wochen der Revolution signalisierte die Farbe Rot, dass man auf der Seite der Revolution und gegen die Monarchie stand, ohne sich genau festlegen zu müssen, welche Art der Republik es denn sein sollte. Der Slogan „Aufbau der Republik“ vor roten Fahnen war auf dem Plakat Heinrich Richters also hinreichend offen und ein neuerliches Sammlungsangebot zumindest an die linken Kräfte. Dass zunächst Rot die Farbe der Revolution war und nicht Schwarz-Rot-Gold, zeigt auch, wie sehr die Revolution zunächst von sozialistischen Akteuren und Vorstellungen geprägt war, wobei die ‚Umcodierung‘ der Revolution von Rot auf die Farben von 1848 später sehr gut vom linken Topos des ‚Verrats‘ instrumentalisiert werden konnte.

Für Kurt Tucholsky war folglich die Republik, die dann aus dem Rat der Volksbeauftragten, dem ‚Ebert-Groener-Pakt‘, dem Stinnes-Legien-Abkommen, der Entscheidung des Reichsrätekongresses im Dezember 1918, der Wahl zur Weimarer Nationalversammlung, der provisorischen Reichsregierung unter Ebert und Scheidemann und der Weimarer Reichsverfassung hervorgegangen war, von Beginn an unbefriedigend. Fehlte da nicht etwas? War das überhaupt eine Revolution? War das nicht irgendwie zu bieder, zu bürgerlich?

Knapp ein Jahr nachdem das Plakat ‚3 Worte‘ von Heinrich Richter-Berlin gestaltet wurde, erschien in Berlin-Charlottenburg eine Broschüre unter dem Titel *Das politische Plakat*, die ‚amtlich‘ von dem Architekten und Publizisten Adolf Behne

8 Siehe hierzu den Beitrag von Mark Jones in diesem Band und darin die Hinweise auf die Farbenvielfalt auf den frühen Bestattungsfeiern der Revolution.

herausgegeben wurde, der dem Berliner *Arbeitsrat für Kunst* angehörte und zugleich dem von dem Schriftsteller Paul Zech geführten *Werbedienst der deutschen Republik* nahestand.<sup>9</sup> Die Broschüre versammelt eine ganze Reihe von Plakaten des Werbedienstes, die von avantgardistischen und expressionistischen Künstlern zur Unterstützung des Aufbruchs in die neue Zeit gestaltet wurden. Auch in Berlin gab es also jene ‚ästhetische Mobilisierung‘ durch Künstler-Politiker oder Politiker-Künstler, die Wolfram Pyta in seinem Beitrag zu diesem Band so anschaulich schildert. Kurt Tucholsky hingegen hielt wenig davon:

In dem ganzen sauber ausgestatteten Heft findet sich nicht ein Blatt, aus dem etwa der Haß gegen das alte Regime flammte. Das aber wäre Revolution, das wäre ein politisches Plakat. Sie setzen bieder und brav auseinander, daß man nun arbeiten müsse – und man riecht förmlich den Geheimrat dahinter, der dem Graphiker gesagt hat, was er machen soll.<sup>10</sup>

Nicht nur inhaltlich, sondern auch ästhetisch schüttet Ignaz Wrobel alias Kurt Tucholsky seine Häme über ‚3 Worte‘ aus:

Ich persönlich halte die Verwendung Pechsteins und der Expressionisten zur Plakatverfertigung für einen Mißgriff – denn die Augen der Massen sind gar nicht erzogen, so zu sehen, und so einfach ist das schließlich nicht, aus einem Wirrwarr des Malers Richter sich erst den Mann herauszuklauben, der inmitten roter Fahnen auf ein paar umständlich formulierte Abstrakte deutet: ‚Drei Worte: Ungestörte Demobilmachung, Aufbau der Republik, Frieden.‘ Abgesehen davon, daß es Friede heißt: ehe man das begriffen hat, ist der Mond schon auf die Erde gefallen. Das sitzt nicht. Das haut nicht. Das peitscht nicht.

Es muss also peitschen. Was soll das für eine Revolution sein, die zu Ruhe und Ordnung und konstruktiver Arbeit aufruft? Was wünscht sich Tucholsky stattdessen?

Uns fehlt der volkstümliche Zeichner, der hassen kann und sie alle mitreißt: den Droschkenkutscher und den Obstverkäufer und den Eisenbahner und den erworbenen Soldaten und Alle. [...] Was müßte einer bewirken, der die Sprache des Volkes auf seinen Blättern spricht und dann noch seiner oppositionellen Überzeugung Form verleihe!

Veröffentlicht werden diese Zeilen Tucholskys exakt eine Woche nach Inkrafttreten der Weimarer Reichsverfassung, nämlich am 21. August 1919. Was der Endpunkt der Revolution sein könnte, nutzt Tucholsky für einen Frontalangriff und einen neuerlichen Revolutionsaufruf. Im alten Habitus des Oppositionellen des Kaiserreichs ruft er zur Empörung gegen die Herrschenden auf, ohne realisiert zu haben, dass zwischen den Herrschenden vom August 1919 und August 1918 (und der Art und Weise ihrer Bestellung) ein Unterschied besteht. Zu allem Überfluss fordert Tucholsky die junge Republik auf, sie möge ‚klug und weitherzig genug sein [...]‘, auch ihren Feinden eine öffentliche Propaganda nicht zu verwehren.“ Es ist exakt diese Forderung nach antikonstitutioneller Meinungsfreiheit, die antidemokratische Intellektuelle und ihre Presseorgane im weiteren Verlauf der Weimarer Republik in

9 Behne (1919): Das politische Plakat.

10 Dieses und die folgenden Zitate aus: Wrobel (1919): Das politische Plakat, S. 239f.

Anspruch nahmen, um die Fundamente der Demokratie in Deutschland zu untergraben. Ähnlich verstanden das viele Vertreter der reaktionären Beamtenschaft, die die Neutralitätspflicht des liberalen Staates glaubten soweit auslegen zu dürfen, dass sie auch gegen ihn agieren dürften. Das war natürlich nicht das Ansinnen Tucholskys, der vielmehr sicherstellen wollte, dass eine Fundamentalkritik von links weiterhin möglich sein sollte. Aber es versinnbildlicht, dass die umstrittene Deutung der Revolution und die kontroverse Beurteilung ihres Ergebnisses (also der Weimarer Republik mit ihrer Verfassung) im Grunde unmittelbar zeitgenössisch einsetzten. Im Ereignis selbst wurden schon die Schneisen für den Erinnerungsort geschlagen.

Von den drei Worten des Plakates im Titelbild führt daher ein Weg zu den drei Worten im Titel des Bandes: Zusammenbruch – Aufbruch – Abbruch. Sie entsprechen den wesentlichen Deutungsmustern, die unmittelbar mit der Revolution einsetzen und im weiteren Verlauf der deutschen Geschichte die Erinnerung an die Novemberrevolution prägen sollten. Das Plakat selbst steht für die Idee des Aufbruchs in ein neues, demokratisches Deutschland, während Tucholskys Kritik daran das linke Unbehagen an der Revolution artikuliert, das bei noch weiter links stehenden Zeitgenossen schließlich in den Abbruchs- und Verrats-Topos mündete. Diesem Topos zufolge habe die Mehrheitssozialdemokratie die Interessen der Arbeiterschaft und die Revolution insgesamt zugunsten von ‚Ruhe und Ordnung‘ geopfert. Im Ergebnis sei die Weimarer Republik eine ‚bürgerliche Demokratie‘, die nicht nur außerstande sei, den Pathologien der kapitalistischen Wirtschaft entgegenzuwirken, sondern schlimmer noch, die durch die Allianz mit den reaktionären Eliten den Keim des Faschismus bzw. Nationalsozialismus von Anfang an in sich getragen habe. Das ominöse Ebert-Groener-Telefonat, der Reichsrätekongress, die Abwehr der Weihnachts- und Januar-Kämpfe, die Niederschlagungen der Münchner Räterepublik und die Reichsexekutionen gegen Sachsen und Thüringen sind die wesentlichen Marksteine dieses Deutungsmusters, das marxistische Historiker wie Arthur Rosenberg von Anfang an gepflegt hatten und das in der DDR integraler Bestandteil des sozialistischen Geschichtsbildes wurde.<sup>11</sup>

Der Topos des Zusammenbruchs war von Anfang an im adligen, (groß-)bürgerlichen und konservativen Milieu und damit auch in weiten Teilen der Funktionseliten verbreitet. Es ist nicht auszuschließen, dass auf viele Vertreter dieser Gruppen (wie auf die Bevölkerung generell) die permanente Siegfriedenspropaganda ihre Wirkung entfaltet hatte, und dass sie tatsächlich von der Implosion des monarchischen Systems und Prinzips überrascht wurden. Umso attraktiver und plausibler war dann die Dolchstoßlegende, die trotz ihrer Umkehrung von Ursache und Wirkung in Bezug auf die Kriegsniederlage für ihre Vertreter wirklichkeitskonstituierend wurde. Der ‚Zusammenbruch‘ war daher real, weil er sich auf das Koordinatensystem des ‚Ancien Régime‘ bezog, das ja tatsächlich zusammengebrochen war.

11 Vgl. Rosenberg (1935): Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, sowie Ruge (1969): Weimar.

Erschwerend kam hinzu, dass aus dieser Perspektive genau jene Kräfte ab November 1918 die Macht übernahmen, die spätestens seit der Friedensresolution 1917, wenn nicht seit Jahren des Verdachts verräterischer Umtriebe ausgesetzt waren. War dann nicht klar, dass die Ereignisse im November die Folge ihres Tuns sein mussten? Als dann der konstitutionelle Weg der Revolution eingeschlagen wurde und sich die Koalitionsregierung aus Sozialdemokratie, Katholizismus und Linksliberalismus gebildet hatte, wurden die Republik und ihre Verfassung von den ehemaligen ‚Reichsfeinden‘ aus der Taufe gehoben, oder zumindest von jenen Parteien, die zuvor verdächtigt wurden, außerhalb des Verfassungskonsenses des Kaiserreichs gestanden zu haben. Dass beispielsweise die SPD bis hin zur Aufgabe ihrer parteipolitischen Geschlossenheit gewillt war, den Nachweis zu erbringen, dass sie *doch* auf dem Boden der Verfassung des Kaiserreichs stand, spielte in den Deutungskämpfen nach 1919 kaum eine Rolle mehr. Ebenso wenig, dass alle drei Parteien bis in den Oktober 1918 hinein nur auf eine demokratische Reform des bestehenden Systems hingearbeitet hatten, nicht auf seine Beseitigung. All das war an der Intransigenz des Kaisers und der militärischen Eliten gescheitert, die beide hofften, mit einem Siegfrieden den alten *modus operandi* aufrecht erhalten und sich der immer nur zögerlich zugesagten Demokratisierung entziehen zu können. Schlussendlich mussten sie das Feld räumen, weil *ihre* Strategie der Aufrechterhaltung ihres Herrschaftsanspruches gescheitert war, nicht weil die Anderen Axt daran gelegt hatten. Trotzdem blieb in den Augen der Konservativen und alten Eliten die Republik ein Gebilde, das die ‚inneren Feinde‘ des Kaiserreiches geschaffen hatten, wodurch sie sich berechtigt sahen, den Kampf gegen diese Feinde mit allen Mitteln fortzusetzen. Im weiteren Verlauf der Republik geschah dies immer weniger im Duktus eines monarchischen Legitimismus, sondern zunehmend in Hinblick auf diverse neurechte und völkischen Neuordnungspläne.

Das Ereignis selbst und die Entstehung eines umkämpften Erinnerungsortes hängen also aufs engste miteinander zusammen. Dass die Novemberrevolution nicht nur im öffentlichen Gedächtnis, sondern auch in der Wissenschaft nach 1990 eine „vergessenen Revolution“ blieb, wie Alexander Gallus 2010 konstatierte,<sup>12</sup> ändert daran wenig. Dass sie in Vergessenheit geriet, lag vielmehr daran, dass nach 1990 die alten Deutungsschlachten alle schon ausgefochten waren und mit dem linkssozialistischen Lager schließlich auch der Träger des Verrats-Narratives ausgefallen war. Für eine Integration der Novemberrevolution in den Erinnerungshaushalt der Deutschen als Teil ihrer Demokratiegeschichte setzte sich aber kaum jemand ein – aus unterschiedlichen Gründen, die hier nicht neuerlich ausgebreitet werden müssen. Das ändert sich in diesem Jahr sichtlich, begehen wir doch gerade den 100. Jahrestag der Revolution und Republikgründung. Quer durch die Republik gibt es Ausstellungen, Bildungsprojekte, Theateraufführungen und verschiedenste andere Formate zur Revolution und Weimarer Republik. Die Buchläden waren rechtzeitig mit

12 Vgl. Gallus (Hrsg.) (2010): Vergessene Revolution.

ansprechenden und hochwertigen Publikationen für die interessierte Leserschaft gefüllt<sup>13</sup> und im öffentlich-rechtlichen Fernsehen lief rechtzeitig „Babylon Berlin“. Damit einher geht in den Feuilletons angesichts des um sich greifenden Rechtspopulismus und anderer (scheinbarer) Erosionsphänomene der parlamentarischen Demokratie die Erörterung der Frage, ob wir uns wieder ‚Weimarer Verhältnissen‘ annähern.<sup>14</sup> Dabei werden bei allen Ähnlichkeiten auch die Unterschiede zur Weimarer Republik unterstrichen. Für unseren Blick auf den Anfang der Republik sind diese Diskussionen – so berechtigt sie auch sein mögen – nicht sehr erkenntnisfördernd, da wieder zunehmend auf die Endphase der Republik und ihre vermeintliche Dauerkrise geschaut wird und darüber die ambitionierten Anfänge der Weimarer Republik erneut aus dem Blick geraten. In dem Versuch, sich der Überlegenheit der bundesrepublikanischen Demokratie zu vergewissern, werden gerade in den auf einen breiten Markt zielenden Publikationen wieder die alten Topoi der ‚versagenden‘ Republik und struktureller Defizite hervorgeholt, die von der Forschung der letzten beiden Jahrzehnte weitgehend relativiert wurden. Wieder wird Weimar zur Negativfolie. Dabei gäbe die Berücksichtigung der Leistungen, Errungenschaften und Chancen der ersten deutschen Demokratie heute stärkere Orientierung für den Wert der Demokratie als der eingeschüchterte Blick auf ihre Zerstörung. Es gibt gute Gründe, die Leistungen der Republikgründer und ihren Einsatz für die Demokratie zu würdigen, weil wir ihnen auch heute noch, 100 Jahre danach, viel zu verdanken haben. Auf Weimar zu schauen aus Angst, wir könnten wieder in Weimarer Verhältnissen enden, lässt sich stattdessen auf die Angstpolitik der Populisten ein.

Ob die Novemberrevolution – und mit ihr die Weimarer Nationalversammlung und ihre Verfassung – vor diesem Hintergrund aufhört, eine vergessene Revolution zu sein, ist noch nicht absehbar. Ein Jubiläum kann auch ein Strohfeuer sein, und die Aufmerksamkeitswelle kann sich in Kürze dem nächsten ‚großen Thema‘ zuwenden. Das liegt auch nicht (oder nur sehr begrenzt) in der Macht der Wissenschaft, die mit diesem Band zu Wort kommt. Was die Wissenschaft aber leisten kann, ist das, was Alexander Gallus vor wenigen Jahren in unserem Sammelband „Weimar als Herausforderung“ als Voraussetzung dafür benannt hat, dass die Novemberrevolution aus den alten Narrativen und Großerzählungen herausgelöst und in ein neues, eigenständiges Licht gerückt wird: Die konsequente Historisierung der Novemberrevolution, das heißt die möglichst vorurteilsfreie Neubetrachtung der Akteure und ihrer Erwartungshorizonte und Handlungsmöglichkeiten.<sup>15</sup> Genau das versuchen wir mit diesem Band für eine breite Palette an Themen und Akteuren einzulösen, verbunden mit dem Anspruch, eine wenn auch nicht vollständige, so

13 Exemplarisch sei nur das Buch unseres hier vertretenen Autors genannt: Niess (2017): Der wahre Beginn. In seinem Beitrag nennt Wolfgang Niess eine ganze Reihe weiterer Publikationen für den breiteren Buchmarkt. Hinzu kommen eine ganze Reihe an Sonderheften der einschlägigen Wissens-Magazine und online-Dossiers der Träger der politischen Bildung.

14 Vgl. exemplarisch: Wirsching / Kohler / Wilhelm (Hrsg.) (2018): Weimarer Verhältnisse?

15 Vgl. Gallus (2016): Reaktualisierung durch Historisierung.



doch weitgehende Bestandsaufnahme der interdisziplinären Forschung zur Novemberrevolution zu liefern. Glücklicherweise gibt es hierzu wichtige Vorarbeiten: Erst kürzlich hat Volker Stalman einen gleichermaßen knappen wie souveränen Überblick über den Stand der historischen Forschung zur Novemberrevolution geliefert und dabei verschiedene Forschungsdesiderata ausgewiesen.<sup>16</sup> In der Raum- und Regional-, in der Geschlechter-, Medien- und Kulturgeschichte der Revolution identifizierte er erheblichen Forschungsbedarf, wobei sein Blick freilich auf die Geschichtswissenschaft beschränkt blieb und nicht nach Forschungen und Forschungsfragen in den Nachbardisziplinen Ausschau hielt.

Einen besonders wichtigen Beitrag und Impuls zur Erforschung der Novemberrevolution setzte schon 2015 der von Klaus Weinbauer, Kirsten Heinsohn und Anthony McElligott herausgegebene Band *Germany 1916-23. A Revolution in Context*.<sup>17</sup> Als besonders fruchtbar und wichtig betrachten auch wir dabei den doppelten Ansatz, den Untersuchungszeitraum bei der Betrachtung auszudehnen und die Novemberrevolution in ihrem internationalen Kontext bzw. ihrer transnationalen Vernetzung zu betrachten. Denn was für die klassische Betrachtung der Novemberrevolution in Deutschland typisch ist, ist einerseits, häufig im Zusammenhang mit der Sonderwegsdebatte, eine Fixierung auf die deutsche Geschichte, also die Mutmaßung, die Revolution sei ein Markstein exklusiv für Deutschland. Andererseits ist damit die Neigung verbunden, Einzelfragen der Wochen vor und nach der Revolution zu Schicksalsfragen zu stilisieren, ganz so, als hätte ein einziges Telefonat zwischen Friedrich Ebert und Wilhelm Groener den Weltenlauf komplett verändert (und Hitler den Weg in die Reichskanzlei gebahnt). Beide Vorschläge der genannten Herausgeber/-innen wirken dem entgegen und tragen erheblich zu einer Versachlichung der Betrachtung bei. Die Novemberrevolution erscheint dann mit ihrer Vorgeschichte und ihren Folgen als Teil der europäischen oder gar Globalgeschichte des Ersten Weltkrieges und seiner Konsequenzen. Sie ist Teil der Gewaltgeschichte des Krieges und des Widerstandes und der Streik- und Friedensbewegungen gegen ihn. Sie ist Teil der europäischen Demokratisierungswelle und der Etablierung einer sozialen Massendemokratie nach dem Krieg, wie Tim B. Müller in den letzten Jahren immer wieder betont hat.<sup>18</sup> Sie ist Teil des Zusammenbruchs der imperialen Kaiserreiche Europas und teilt ein Schicksal mit dem Zarenreich, Österreich-Ungarn und dem Osmanischen Reich. Sie ist Teil des gewaltgeladenen, von Aufständen, Bürgerkriegen und ideologischen Konfrontationen geprägten Auseinandersetzungen des sogenannten Nachkrieges.<sup>19</sup> Und sie endet nicht schon 1919 mit der Verabschiedung der Weimarer Verfassung, sondern erst 1923, als die wesentlichen Angriffe gegen sie abgewehrt sind und sich die Konturen der europäischen Nachkriegsordnung festigten.<sup>20</sup> Sie ist damit nichts spezifisch deutsches, sondern die deutsche Version von Ereignissen, Strukturveränderungen und sozialen

16 Vgl. Stalman (2016): Wiederendeckung der Revolution.

17 Vgl. Weinbauer / Heinsohn / McElligott (Hrsg.) (2015): *A Revolution in Context*.

18 Vgl. Müller (2014): *Lebensversuche*; ders. / Toozee (Hrsg.) (2015): *Normalität und Fragilität*.

19 Vgl. Gerwath (2017): *The Vanquished*.

20 Siehe hierzu jüngst u. a. ders. (2018): *Die größte aller Revolutionen*.

und politischen Kämpfen, die in unterschiedlichen Schattierungen in ganz Europa und darüber hinaus eine Rolle spielten. Wenn wir dem Vorschlag, die Periodisierung des revolutionären Umbruchs auszudehnen und ihn im europäischen Kontext zu sehen, in diesem Band nur punktuell folgen, dann liegt das daran, dass man im Rahmen eines einzelnen Sammelbandes auch Grenzen vor sich hat. Wir hatten stattdessen dem interdisziplinären Zugriff den Vorrang gegeben, weil auch hierin ein großes Potential für eine Neubewertung der Revolution liegt. Denn die multiperspektivische Betrachtung schützt vor einseitigen Deutungen, weil sich mitunter blinde Flecken ausleuchten lassen, die sonst unbeachtet blieben.

Der Aufbau dieses Bandes ist einerseits chronologisch, andererseits strukturell angelegt. Die ersten vier Abschnitte widmen sich der Novemberrevolution als ‚Ereignis‘, der fünfte als ‚Erinnerungsort‘. Der erste Abschnitt thematisiert die Vorgeschichte und die unmittelbaren Folgen der Revolution. Den Auftakt bildet dabei der Beitrag von *Lothar Machtan*, der sich dem kurzen Zeitfenster der Regierung Max von Badens widmet, in dem die Monarchie noch zu retten gewesen wäre. Dafür fehlte freilich auch das Personal, um eine glaubhafte Transition zu einer wirklichen ‚Volksmonarchie‘ einzuleiten. Machtan beschreibt die Tage der ersten Novemberhälfte als einen ‚geschenkten Sieg‘, weil sich die alten Machthaber kurzerhand aus der Schusslinie nahmen und widerstandslos die Macht aufgaben. Dieser Sieg musste nicht opfervoll erkämpft werden, was ein wichtiger Grund für den fehlenden revolutionären Pathos und das Ausbleiben eines revolutionären Mythos gewesen sein dürfte, die Tucholsky oben beklagte. Im darauffolgenden Beitrag rekonstruiert *Detlef Lehnert* minutiös die Machttransition auf lokaler Ebene, also die erfolgte oder häufig auch nicht erfolgte Auswechslung der Oberbürgermeister sowie die Ergebnisse und Konsequenzen der ersten republikanischen Kommunalwahlen in den deutschen Großstädten. Bis zu diesen Wahlen bedeuteten die Arbeiter- und Soldatenräte in der Regel eine starke Partizipationserweiterung, die aber fast nie zu einem harten Bruch mit dem alten Stadtregiment führte. Das neue, allgemeine und gleiche Wahlrecht bedeutete auch auf kommunaler Ebene eine Demokratisierung und bestätigte und institutionalisierte diese Partizipationserweiterung. Mit den Kommunalwahlen, die in Preußen etwa bis zum 2. März 1919 erfolgen mussten, war dann auch der revolutionäre ‚Schwebezustand‘ in den Städten beendet, was allerdings auch zu weiteren revolutionären Bemühungen motivieren konnte, wenn linke Akteure mit den Ergebnissen dieser Wahlen oder der Übertragung der Macht von den Räten auf die neu gewählten Kommunalvertretungen nicht einverstanden waren. Auf die transnationalen Wechselwirkungen zwischen der russischen und der deutschen Revolution geht anschließend *Gleb J. Albert* ein. Dass in Russland erst ein Jahr zuvor eine Revolution in zwei Stufen stattgefunden hatte und die Bolschewiki den Export ihres Revolutionsmodells unter dem Banner der Weltrevolution aktiv betrieben, gehörte zum unmittelbaren Erfahrungsraum aller Akteure der Novemberrevolution und konstituierte ihren Erwartungshorizont entscheidend mit, sei es als Vorbild, sei es als Schreckensszenario. Umgekehrt knüpften die Revolutionäre in Russland höchste Erwartungen an die Revolution im Heimatland des Marxismus. In Deutschland verschärfte die russische Revolution die Spaltung der Arbeiterbe-